



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 3

30. Jahrgang

September 1986

1986: Internationales Jahr des Friedens

Das Jahr 1986 ist von den Vereinigten Nationen zum Internationalen Jahr des Friedens proklamiert worden. Wir aber stellen fest: Der Frieden in der Welt ist unsicherer geworden.

Wir teilen die Besorgnis vieler Menschen in allen Teilen der Welt: Rüstungswetlauf und Streben nach militärischer Überlegenheit erhöhen das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung und stellen das Überleben der Menschheit in Frage.

Frieden bedarf einer Politik der Abrüstung, Entspannung und Verständigung. Darauf sollten sich alle gesellschaftlichen Kräfte im internationalen Jahr des Friedens verständigen.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Hunger, Elend, Analphabetentum und die Verletzung von Menschenrechten sind eine ständige Bedrohung für den Frieden in der Welt.

Nur die Erhaltung des Friedens bietet Gewähr für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Demokratie, Respektierung der Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und sichere Arbeitsplätze.

Wir fordern die Großmächte auf, ihre bisherige Politik der Konfrontation aufzugeben und eine neue Phase der Entspannung einzuleiten. Ziel muß die allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung sein - sowohl im nuklearen als auch im konventionellen Bereich.

Zur weiteren Diskussion veröffentlichen wir nachstehend die Forderungen des DGB zum Internationalen Jahr des Friedens:

1. Schluß mit dem Wettrüsten. Die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel in Ost und West muß oberstes Ziel der Abrüstungsverhandlungen sein. Der Vorschlag der Sowjetunion, alle Atomwaffen bis zum Jahre 2000 abzuschaffen, muß vom Warschauer Pakt konkretisiert und von der NATO sorgfältig auf seine Realisierbarkeit geprüft werden.

2. Die Großmächte sind aufgefordert, ein Abkommen über Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt zu vereinbaren.

3. Die USA und UdSSR sollen ihre Forschung für Weltraumwaffen einstellen. Dringender ist die Bereitstellung von Forschungsmitteln für zivile, gesellschaftlich sinnvolle Projekte.

Die Großmächte sind ferner aufgefordert, am Weltraumvertrag von 1967 und am Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen von 1972

(ABM-Vertrag) festzuhalten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihren Einfluß auf die USA geltend zu machen, das Salt II-Abkommen über die Höchstgrenze für Trägersysteme strategischer Atomwaffen weiterhin zu beachten und das Vorhaben der Strategischen Verteidigungsinitiative aufzugeben, um eine erneute Eskalation des Rüstungswetlaufs zu verhindern.

4. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen müssen abgebaut und verschrottet werden.

Es dürfen keine neuen atomaren Waffen in Europa stationiert werden.

5. Alle Atomwaffentests sind sofort einzustellen. Die Gewerkschaften fordern eine internationale Vereinbarung über das uneingeschränkte Verbot aller Atomwaffentests.

6. Die Großmächte sind aufgefordert, auf die Erforschung und Erprobung neuer Waffentechnologien einschließlich der Neutronenwaffen zu verzichten und sich für ein internationales Verbot biologischer und chemischer Kampfstoffe einzusetzen.

7. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auf die US-Regierung dahingehend einzuwirken, daß das auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerte Giftgas abtransportiert und vernichtet wird. Neu entwickelte chemische und biologische Kampfstoffe (z.B. binäres Nervengas) dürfen nicht auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden.

8. Die zwischen den Großmächten in Wien und Genf stattfindenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen müssen endlich zu konkreten und sichtbaren Erfolgen führen.

Die Gewerkschaften erwarten eine Einigung in den KSZE-("Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa") und KVAE-Konferenzen ("Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa") um vertrauensbildende Maßnahmen als Voraussetzung für Abrüstungs- und Rüstungskontrollerfolge zu schaffen.

9. Die Entspannungspolitik muß wieder aufgenommen werden. Ziel muß es sein, das Bewußtsein dafür zu stärken, daß es nur eine **gemeinsame** Sicherheit gibt und deshalb der Gedanke der **Sicherheitspartnerschaft** den Interessen aller Staaten - vor allem der europäischen - am besten dient. Ein erster Schritt dazu ist die Vereinbarung über ein atomwaffen- und chemiewaffenfreies Europa.

10. Die Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt müssen beendet werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Kriegswaffenkontrollgesetz zu novellieren. Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen.

11. Die Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben bedür-

fen der Unterstützung durch Wissenschaft, Bundesregierung und Landesregierungen. Die Gewerkschaften müssen daran beteiligt werden.

Die Einrichtung eines Abrüstungsamtes durch die Bundesregierung soll eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf Fertigung ziviler Güter ermöglichen.

12. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu unterstützen sowie durch eigene Vorschläge verstärkt zur defensiven Ausrichtung der Bundeswehr ihren Beitrag zu einer neuen Sicherheitspolitik zu leisten. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine Wehrdienstverlängerung, die Abschaffung der Verlängerung des Wehr-Ersatzdienstes und das Einfrieren des Verteidigungshaushaltes.

13. Die Friedensforschung muß finanziell und ideell stärker unterstützt werden. Die Friedenserziehung an den Schulen muß konsequent ausgebaut werden.

14. Militär- und rüstungspolitische Informationen müssen verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

K.H.J.

"Politisch Verfolgte genießen Asyl" (Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 GG)

Soweit das verfassungsrechtliche Gebot.

In den letzten Wochen und Monaten ist um das Asylrecht jedoch eine heftige Diskussion entbrannt. Anlaß hierfür ist die seit 1983 wieder zunehmende Zahl von Flüchtlingen, fast ausnahmslos aus totalitären Staaten. Dabei gehen die genannten Zahlen weit auseinander. Nennt das Innenministerium eine Anzahl von 673.000, die sich gegenwärtig in der BRD aufhalten (Innenpolitik Nr. VII/VIII), gehen andere, seriöse Schätzungen von höchstens 250.000 Flüchtlingen aus.

Wie dem auch sei, die Anzahl der Asylbewerber liegt weit unter diesen Zahlen. 1985 betrug deren Zahl rund 74.000 und im ersten Halbjahr 1986 42.000. Die Anerkennungsquote liegt jedoch noch nicht einmal bei 10 Prozent.

Die Forderungen nach einer einschränkenden Veränderung des Asylrechts sind daher völlig haltlos und überzogen.

Entsprechende Forderungen insbesondere aus den Reihen der CSU, denen sich nunmehr auch der Bundeskanzler angeschlossen hat, und die das Thema in den Wahlkampf einbeziehen wollen, zielen offensichtlich auf den Stimmenfang auch derjenigen, die sich in Ausländerhaß und Aggressionen gegenüber Asylanten, anderen Flüchtlingen, Ausländern allgemein ergeben.

Begriffe wie "Wirtschaftsflüchtlinge", "Asylantenflut" und "Asylantenschwemme" schüren Ängste und reden Gewalttaten - wie schon geschehen - förmlich herbei.

Mit Recht hat deshalb der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Professor Grosser, CDU und CSU das Recht abgesprochen, den Buchstaben "C" weiterzuführen. Erinnern sollten sich diese Herren auch an den Grund, das Asylrecht verfassungsrechtlich zu garantieren: Es waren gerade die Erfahrungen der Deutschen mit dem nationalsozialistischen Terrorsystem und dessen Verfolgungen.

Ist vielleicht das Vergessen in mangelnder Betroffenheit zu suchen?

Oder soll Mitverantwortung für das Schicksal der Flüchtlinge verdrängt werden?

Denn politische Verfolgungen in Südafrika, der Türkei und anderswo sind auch deswegen möglich, weil die BRD wie andere Länder, wenn überhaupt, nur verbal protestiert, zum Teil noch finanzielle Hilfe leistet und mit Rück-

sicht auf Wirtschaftsbeziehungen, aus denen wir Nutzen ziehen, still hält.

Anstatt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Gründe für die Flüchtlingsströme, die Terrorsysteme, zu beseitigen, soll nun eine "breitangelegte Aufklärungskampagne in den wichtigsten Herkunftsländern" gestartet werden, den "Asylantenstrom" bereits in den Heimatländern der Asylsuchenden zu stoppen.

Folter und Verfolgung werden weiterhin geduldet.

Solange dies so ist, ist jede Beschneidung des Asylrechts menschenverachtende Politik.

H.Sch.

Asylsuchende 1985 x)

Bundesrepublik		
Deutschland	73 832	Asylsuchende
Frankreich	28 925	Asylsuchende
Niederlande	5 644	Asylsuchende
Belgien	5 357	Asylsuchende

x) Nur für die genannten Staaten liegen für 1985 bisher Vergleichszahlen vor.

10 Personengruppen stellen 88% der Asylbewerber (Stand: 1. Januar bis 30. Juni 1986)

Herkunft	Asylsuchende Zahl in %	Anerkennungsquote in %
Libanesen u. Palästinenser	8 900 (21,1)	0,4
Iraner	7 700 (18,2)	49,0
Türken	4 400 (10,4)	7,5
Polen	3 900 (9,3)	19,0
Inder	3 300 (7,9)	0,0
Ghanaer	3 100 (7,3)	0,3
Personen aus Sri Lanka	1 900 (4,4)	6,1
Afghanen	1 500 (3,6)	72,0
Pakistaner	1 400 (3,3)	2,3
Personen aus Bangladesch	1 400 (3,3)	0,3

(Den Informationen des BMI entnommen).

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Nold, In der Römerstadt 12, 6000 Frankfurt am Main 50.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Reichsbanner Intern

Josef Felder geehrt

Josef Felder, 86, einziger noch lebender ehemaliger SPD-Reichstagsabgeordneter, der 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte, wurde von der bayerischen SPD einstimmig zum Ehrenvorsitzenden vorgeschlagen. Mit einem Empfang wurde Josef Felder, der nach wie vor aktiv ist, geehrt. Die formelle Bestätigung als Ehrenvorsitzes wurde auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD am 21. Juni 1986 in Felders Geburtsstadt Augsburg vollzogen. Die Redaktion gratuliert dem langjährigen Reichsbannermitglied und Kämpfer für Demokratie und Gerechtigkeit recht herzlich zu der hohen Auszeichnung durch seine Partei.

Georg Kleppinger im Ruhestand

Nach 20 Dienstjahren wurde unser Reichsbannermitglied Georg Kleppinger, Bürgermeister von Ober-Ramstadt, in den Ruhestand versetzt. Kleppinger, der auch Mitglied der SPD ist, wurde zum Ehrenbürger ernannt, da er sich große Verdienste um das Wohl der Stadt und die Völkerverständigung erworben hatte.

Wir wünschen dem Kameraden Kleppinger einen Ausgleich für die sicherlich nicht leichten Dienstjahre. Wir wünschen uns, daß er einen Teil der Aktivitäten, die ein Pensionär entwickelt, dem Reichsbanner widmet.

Wir grüßen Rosa Jochmann

Ungebrochen noch an der Spitze des österreichischen "Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer" ist die jetzt 85-jährige vorbildlich dem freiheitlichen demokratischen Sozialismus verbunden - tolerant gegenüber politisch Andersdenkenden.

Aus einem sozialdemokratischen Elternhaus, in der sozialistischen Jugend weitergebildet, Betriebsrätin, Gewerkschaftssekretärin, im Vorstand der sozialistischen Partei Österreich.

Die Nationalsozialisten verbrachten die aufrechte Frau fürs Jahrzehnt ins Konzentrationslager Ravensbrück. Dort hat sie trotz aller Leiden im Lager Menschlichkeit und Liebe an den Leidensgefährten praktiziert.

Dahinter steht viel Leid, nie aufgehende Trauer, denen, die sich auf die Befreiung, auf die Heimat freuten, aber nicht mehr erleben durften. Diese Rosa Jochmann wird nie müde zu mahnen: "Niemals vergessen!" Nicht nur der Opfer in den KZ's und Zuchthäusern, auch jener gedenken, die als Schutzbündler in Rußland Emigration suchten und dort zu 95 % unauffindbar blieben.

Heinrich I. Bode

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Ausgabe 1/86 wird kritisiert

Als kleiner Ortsverein verdanken wir es der Tatsache, daß sich "Das Reichsbanner" aus einem Vereinsnachrichtenblatt zu einer Themen-Zeitschrift entwickelt hatte, daß die Zahl der Abonnenten die der Mitglieder um ein Vielfaches übersteigt. Erfahrungsgemäß werden dann langjährige Abonnenten neue Mitglieder. Wir befürchten nun, daß Heft 1/86 eine rückwärtige Entwicklung einleitet - die erste Abbestellung liegt bereits vor - wenn weiterhin Vereinsbeschlüsse, ausführliche Vorstands- und Satzungsänderungen sowie einseitig parteipolitisch gefärbte Kommentare mehrere Seiten in Anspruch nehmen. Wehret den Anfängen, die nicht reichsbanner-konform sind!

Zivildienst - Zeugen

Bereits Anfang der siebziger Jahre wurde auf einer Reichsbanner-Konferenz in Bremen einem alten Berliner Kameraden zugestimmt, daß Kriegsdienstverweigerer (der Begriff Wehrdienstverweigerer wäre zutreffender) im Reichsbanner nichts zu suchen haben, das als vorm. Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer auch eine solidarische Tradition zu vertreten hat. Also, überlassen wir es der nach Zivildienst-Zeugen suchenden Partei, sich über andere Organe Zeit-Zeugen zu beschaffen.

RB-Kommentar contra Regierungspolitik

Der neue RB-Bundesvorsitzende Walter Hesselbach hat in seinem Grußwort betont: "Es gilt, die Gemeinsamkeiten der Demokraten stärker herauszustellen." Was tut der als verantwortlicher Redakteur zeichnende stellv. Bundesvorsitzende bereits auf der nächsten Seite? "Deshalb sind alle aufgefordert, dieser Politik (der Bundesregierung) gemeinsam entgegenzutreten." Weiterer Kommentar überflüssig.

Gewerkschaftskongresse und -tage 1986

Eine gute Verbindung zu den Gewerkschaften ist in der Reichsbanner-Tradition begründet, denn von den 3 1/2 Millionen Mitgliedern vor 1933 gehörten wesentlich mehr den Gewerkschaften als den verfassungstreuen Parteien an. Die Ankündigung von Gewerkschaftskongressen und -tagen 1986 gehört aber nicht zu den Aufgaben von "Das Reichsbanner". Das erfahren RB-Mitglieder, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind, von ihren Gewerkschaften unmittelbar. Der geringe Umfang unserer Zeitschrift verlangt nach Reichsbanner-Themen.

Alle Leserbriefe von: Siegfried Keiling

Keine Frauen in die Bundeswehr

Ausgabe 1/86

Wie kommt "Das Reichsbanner" dazu, eine - im übrigen unbegründete - Stellungnahme der Bundesfrauenkonferenz des DGB zu veröffentlichen, die in Bezug auf den Dienst in unseren Streitkräften auf verfassungskonformer

Gleichberechtigung bestehen? Tausende von jungen deutschen Frauen bewerben sich um diesen Dienst und könnten zur Zeit rund 20.000 junge Männer zum reinen Dienst mit der Waffe freistellen, ganz abgesehen von den auf uns zukommenden geburtenschwachen Jahrgängen. Die Bundeswehr-Führung selbst hält sich begrifflicher Weise in dieser Frage zurück, da - leider - parteipolitisch diskutiert wird. Auf jeden Fall hat die Propagierung dieser negativen und verfassungswidrigen Einstellung in "Das Reichsbanner" nichts zu suchen. In keinem anderen demokratischen Staat werden Frauen von diesem Dienst ausgeschlossen. Jedem verantwortlich den, enden deutschen Politiker sollte klar sein, daß die erste Klage vor dem Bundesverfassungsgericht für diese dienstwilligen Frauen erfolgreich wäre.

Dorothea Keiling

Bücher, Bücher ...

Karl Bröger, der Arbeiterdichter mit der Liebe zum Vaterland, wurde vor 100 Jahren, genau am 10. März 1886, in Nürnbergs Fabrikenstadtteil Wöhrd geboren. Seine Mutter war Bortenwirkerin, sein Vater Schuhmacher, ein Mann voller Unverständnis gegenüber dem Gedichtemachen seines Sohnes. Der dortige Pfarrer Bechmann ist aber auf ihn aufmerksam geworden und ermöglicht dem Kind den Besuch der Realschule. Eine kaufmännische Lehre muß er abbrechen; als der Vater 1907 stirbt, geht er "im Sumpf der Großstadt" fast unter und verdient seinen Unterhalt als Fabrikarbeiter, während seine Schwester Anna als Tütenkleberin zum Familienunterhalt beiträgt. Seine auf Tütenpapier geschriebenen Texte bringen ihm eine Berufung in die Kulturredaktion der "Fränkischen Tagespost" ein (1913). Nachdem er den blauen Rock mit dem feldgrauen der Soldaten des ersten Weltkrieges getauscht hat, beginnt für Bröger eine neue Thematikphase. Seine Kriegsbücher enthalten keine Loblieder auf Schlachten und Stahlgewitter, sie versuchen den schlichten Patriotismus des Arbeiters herauszustellen. Er war nicht der einzige Arbeiterdichter, gehört aber zu den wenigen, deren Gedichte noch zu Lebzeiten im Parlament zitiert wurden. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg trug im Reichstag sein "Bekenntnis eines Arbeiters" vor:

"Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt, / bloß haben wir sie nie bei ihrem Namen genannt. / Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr, / daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. / Denk es, o Deutschland!"

Die Gattung des Arbeiterliedes ist in Deutschland jünger als in Frankreich, wo sie sich schon vor der Revolution von 1848 zu einer bemerkenswerten Höhe erhob. Auch in Deutschland war die ältere Arbeiterdichtung (etwa bis 1871) weit entfernt von dem trotzigem, ja gewalttätigen Arbeiterlied unter den Sozialistengesetzen (1878 bis 1890). Im Vorwort der Sammlung "Deutsche Arbeiterdichtung" heißt es: "Der Vater der deutschen Arbeiterdichtung ist der Druck der Oberen auf die Unteren. So kann folgerichtig ihr Charakter kein anderer sein als der des Gegendrucks - sie ist eine Lyrik der Opposition."

Zu Beginn der Nazidiktatur wird Bröger als "gefährlicher Hetzer" von der SA mißhandelt und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Hier hört er plötzlich aus dem Lautsprecher eins seiner Lieder "Nichts kann uns rauben / Liebe und Glauben / zu unserem Land ..." Da es den Kulturpropagandisten des "Dritten Reiches" nicht gelingt, ihn mundtot zu machen, versuchen sie ihn zu vereinnahmen. Er wird aus dem KZ entlassen, kann sich einer "Beschlagnahme" nicht entziehen, flüchtet sich aber ausschließlich in historische Stoffe wie den Roman aus der Zeit der Bau-

ernkriege "Guldenschuh" (1934). "Nürnberg, die Geschichte seiner Heimatstadt (1935). "Licht auf Lindenfels", Epos eines von Edison beeinflussten Erfinders.

Als die Kriegsfurie begonnen hatte, auch Nürnberg zu vernichten, stirbt Bröger am 4. Mai 1944. Bei einem Luftangriff, die auch sein Siedlungshaus in Nürnberg vernichtet, verbrennen seine Manuskripte über die Zeit als "Schutzgefangener" in Dachau und ein Roman über die Schukert-Unternehmen, einem der beiden Zweige des Hauses Siemens.

Von Karl Bröger stammt auch eine der wenigen "Republikanischen Hymnen" aus der Gründerzeit des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold:

"Vaterland, ein hohes Licht, / Freiheit glänzt von deiner Stirn. / Von der Marsch zur Alpenfirne / glühen Herzen, wachen Hirne. / und die heilige Flamme spricht: / Volk, hab acht! Brüder wacht! / Eher soll der letzte Mann verderben, / als die Freiheit wieder sterben!"

S.K.

Aus der Geschichte lernen

25 Jahre Mauer quer durch Berlin

"Schandmauer" - "Monstrum" - "Unmenschliche Grenze" - "Todeszone". Dies sind nur einige Bezeichnungen für die Mauer, die am 13. August 1961 von der DDR-Regierung quer durch Berlin gebaut worden ist. Alle solche Bezeichnungen haben bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer schrecklichen Bedeutung verloren.

Die Mauer der Unmenschlichkeit, die Berlin teilt, ist jetzt 25 Jahre alt. Die Feststellung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, bleibt wahr: "An die Berliner Mauer werden sich die Deutschen und die Europäer, wird sich die Welt nie gewöhnen."

Als die Mauer vor 25 Jahren gebaut wurde, hat der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin und heutige SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, erklärt, diese Einmauerung der Menschen in Mitteldeutschland sei eine eklatante Bankrotterklärung eines Quislings, der drüben Ulbricht heiße.

Auch diese Feststellung hat bis heute nichts an Realität eingebüßt. Denn die Mauer, die in Ostberlin parteiamtlich als "Antifaschistischer Schutzwall" bezeichnet wird, richtet sich nicht gegen angebliche Eindringlinge vom Westen, sondern sie ist der unüberwindbare Sperrriegel für Menschen, die aus der DDR nach Westen wollen.

Das Unvorstellbare ist seit 25 Jahren Realität im gespaltenen Deutschland. Die schmerzlichen Folgen für die Menschen konnten in dieser Zeit wenigstens gemildert werden. Das 1971 abgeschlossene Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und das in den folgenden Jahren entstandene Geflecht von Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR haben unter bestimmten Einschränkungen den Besuchsverkehr, vor allem von West nach Ost ermöglicht, so daß heute für die Berliner das Leben normal im Rahmen der Abnormalität verläuft.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, stellte in einem Interview fest: "Der freie Teil Berlins hat sich zu einer blühenden Metropole entwickelt, trotz der geographischen Insellage und trotz der Mauer. Der Mauerbau hat die Hoffnung der DDR-Regierung nicht erfüllt. Diese Teilung kann keine Stabilität garantieren, weil sie den Gefühlen und Bedürfnissen der Menschen entgegensteht."

Werner Bader
Präsident der Internationalen Assoziation deutschsprachiger Medien e.V. (IADM)

Kommentar

Am 13. August 1961 ließ die DDR-Regierung den Ostsektor von Berlin mit Stacheldraht, Sperrzäunen und einem großen Aufgebot von Volkspolizei abriegeln. Die Mauer, "der antifaschistische Schutzwall", wurde gebaut. Das andere Deutschland, die DDR, im damaligen Sprachgebrauch oft noch SBZ, vollzog die endgültige Trennung. Die Grenzen wurden befestigt. Man riegelte sich ein.

Vorweg gegangen waren Krisen um Berlin, die sich im August 1961 dramatisch zugespitzt hatten. Die Welt stand am Rande einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Zum ersten Mal standen sich in der geteilten Stadt Armee- bzw. Polizeieinheiten direkt gegenüber.

Die DDR hatte gehandelt. Sie hatte den ständig anschwellenden Strom der Flüchtlinge und die Freizügigkeit in der geteilten Stadt gestoppt. Während man im Westen noch diplomatische Aktivitäten hinsichtlich eines Angebotes der Sowjetunion über einen Friedensvertrag mit Deutschland entwickelte, bereitete man sich in Ost-Berlin bereits intensiv auf die Absicherung der "Zonengrenze" vor.

Zunächst zeigte sich der Westen gegenüber den Maßnahmen Ost-Berlins äußerst hilflos. Erst vier Tage nach dem Beginn der Sperrmaßnahmen erheben die Westmächte in einer Note an die Sowjetunion "feierlichen Protest".

In den letzten 25 Jahren wurde noch oft protestiert. Dennoch ist die Mauer das Symbol für die Stabilität der DDR nach innen geworden. Das dortige System wurde gefestigt; die DDR ist heute weltweite Realität.

So schnell wird die Mauer nicht wieder abgerissen. Politische Kraftanstrengungen, radikale Sprüche und militärische Drohung werden nicht zur Beseitigung der Mauer beitragen. Die Freiheit und Freizügigkeit der Menschen in der DDR wachsen durch eine Verbesserung der Lebensqualität, durch aber tausende von zwischenmenschlichen Beziehungen, durch Kulturaustausch, Sportaustausch, Handel und durch gute Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten.

Auf diesem Wege werden wir die Mauer einmal überflüssig machen und vielleicht zu einem geeinten Deutschland zurückkehren können.

Der Weg der gegenseitigen Annäherung wird lang; er ist jedoch solch mörderischen Wegen vorzuziehen, die den heutigen Zustand erst herbeigeführt haben.

Karl-Heinz Jungmann

20. Juli 1944

An der Gedenkfeier anlässlich des 20. Juli 1944 in Berlin nahm eine Delegation von 23 Personen der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. teil. Der Delegation gehörten u.a. die Kameraden Bodo Thomas und Georg Prinz an.

Am Abend des 20. Juli 1986 informierte Bodo Thomas, Mitglied des Präsidiums des Abgeordnetenhauses Berlin und stellvertretender Bundesvorsitzender des Reichsbanner, die Delegation der UDWV über die Lage Berlins.

Schon vor den eigentlichen Gedenkfeiern wurde am Freitag, dem 18. Juli 1986, 16.00 Uhr die Ausstellung "Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung" - Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte - in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand durch Frau Bürgermeisterin Dr. Hanna-Renate Laurien eröffnet. Mit dieser Ausstellung wird erstmals in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland an das Leben und Leiden von über zehn Millionen ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im "Dritten Reich" erinnert. Die Wanderausstellung wurde von der Hamburger Körber-Stiftung aus Fundstücken des Schülerwettbewerbs "Deutsche Geschichte" erarbeitet.

Am Samstag, dem 19. Juli 1986, fand eine Besichtigung der fertiggestellten Räume der Ausstellung "Deutscher Widerstand" in der Gedenkstätte statt. Die ständige Ausstellung ist etwa zur Hälfte fertiggestellt. Es wurden 9 von insgesamt 18 Räumen zum 42. Jahrestag des Attentates auf Hitler der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der jetzt eröffnete Ausstellungsteil behandelt die Zerstörung der Weimarer Republik, Programm und Wirklichkeit des Nationalsozialismus und den Widerstand bis zum 20. Juli 1944.

Im nächsten Jahr sollen u.a. der Widerstand aus dem Exil, die "Weiße Rose", die "Rote Kapelle", Widerstand von Juden und von Häftlingen und Hilfe für Verfolgte gezeigt werden.

Am 20. Juli 1986 fanden in Plötzensee die evangelische Abendmahlsfeier und die heilige Messe statt, an der auch Mitglieder unserer Delegation teilnahmen.

Die UDWV legte im Ehrenhof des früheren Reichskriegsministeriums (Gedenkstätte) und in Plötzensee Kränze nieder.

Bei der Feier im Ehrenhof der Gedenkstätte sprachen die Bürgermeisterin von Berlin und der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Westphal.

In Frankfurt am Main gedachte man am 20. Juli 1986 in der Paulskirche dem Widerstand gegen Hitler. In seiner Rede sagte Bürgermeister Hans-Jürgen Moog, letztendlich habe der Widerstand am 20. Juli scheitern müssen, weil seine Wirkung im Volk nicht tief und nicht weit genug reichte. "Aber die Erkenntnis bleibt, daß es trotz aller Verlogenheit dem Regime und der brutalen Gewalt seiner Schergen nicht gelang, das gesamte deutsche Volk unter seinen Willen zu beugen". Auch an der Feier in der Paulskirche nahmen mehrere Mitglieder des Bundesvorstandes teil.

Zum Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 dokumentieren wir nachstehend Auszüge aus der Rede des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal.

Fritz König

Zum Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944

Aus der Rede des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, bei der Gedenkfeier der Bundesregierung und des Berliner Senats gemeinsam mit der Stiftung "Hilfswerk 20. Juli 1944", dem Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. und der Union Deutscher Widerstandskämpfer - Verfolgtenverbände e.V. und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. anlässlich des 42. Jahresta-

ges des 20. Juli 1944 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße, Berlin, am 20. Juli 1986:

Als im Juni oder Juli 1933 meine Mutter mit meiner Schwester und mir - ich war damals neun Jahre alt - in einem weiten Bogen um die Außenmauern des großen Backsteinblocks des Spandauer Gefängnisses liefen, machten wir unseren Weg in der vergeblichen Hoffnung, hinter einem der zahllosen vergitterten Zellenfenster ein Winken, ein Zeichen des dort mit wohl 500 anderen Hitler-Gegnern eingesperrten Vaters entdecken zu können.

Zu diesem Zeitpunkt im Sommer 1933 waren zahlreiche andere Gegner des Nationalsozialismus bereits tot. Es waren vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, die den Kampf gegen Hitler schon geführt hatten, als dessen Machtübernahme noch zu verhindern gewesen wäre. Manche von ihnen waren auf brutale, bestialische Art durch die Horden der SA oder in den Kellern der Gestapo umgebracht worden.

Nicht ohne Grund hatte Otto Wels seine mutige Rede an dem wohl dunkelsten Tag der deutschen Parlamentsgeschichte am 23. März 1933 geschlossen mit den Worten: Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdient Bewunderung ...

Das Protokoll verzeichnet hier Lachen bei den Nationalsozialisten. Und wir wissen doch, meine Damen und Herren, daß an diesem Tag, an dem das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, der KPD bereits ihre 81 Reichstagsmandate aberkannt worden waren und von den 120 Abgeordneten der Sozialdemokraten nur 94 gegen das Gesetz stimmen konnten, weil andere schon eingesperrt, geflohen oder wie Julius Leber und Karl Severing auf dem Weg zum Reichstag verhaftet worden waren.

Die Arbeiterbewegung setzte jedoch den Widerstand fort. Aus einer Reihe von Organisationen wie den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften, dem Arbeitersportbund und dem Reichsbanner hatten sich Untergrundorganisationen gebildet.

Junge Leute formierten sich in der Gruppe "Neu Beginnen", darunter Richard Löwenthal und Fritz Erler. Die jungen Linken waren enttäuscht von ihren Partei- oder Gewerkschaftsführungen, die ihnen im Widerstand gegen die anbrandende Naziflut nicht konsequent genug waren. Sie wollten wirksameren Widerstand leisten und setzten hierfür ihr Leben ein. Einige von ihnen, die überleben konnten, haben zehn und zwölf Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zubringen müssen, bis das Regime in der Asche des von ihm herbeigeführten Zweiten Weltkrieges versank.

Der Widerstand nach 1933 war vielfältig. Es gehörte dazu die bittere Anklage und die politische Aufklärung über die Zustände im Dritten Reich durch die früh ins Exil getriebene geistige Elite unseres Landes, die alle Richtungen des demokratischen Spektrums repräsentierte.

In der protestantischen Kirche bot die Barmer Synode von 1934 die theologische Grundlage für den Kampf gegen Hitler. Nicht viele hörten dieses Zeichen, obwohl ein Mann wie Dietrich Bonhoeffer schon zu dieser Zeit erkannt hatte, daß die Kirche sich nicht nur um die Opfer unter dem Rad zu kümmern habe, sondern dem Rad selbst in die Speichen fallen müsse.

In der katholischen Kirche war es ebenfalls nur eine Minderheit tapferer Geistlicher, zum Beispiel der Bischof von Münster, Graf von Galen, die durch Tat und Wort den Nationalsozialismus bekämpften.

Doch blieben die Kirchen lange stumm, selbst dann, als am 8. November 1938 das erste große Pogrom gegen die jüdischen Mitbürger im ganzen Reich ihren Widerstand unabweisbar erforderlich machte. Die nach dem Kriege for-

mulierten Schulbekenntnisse zeugen hiervon.

Wie jedoch glaubensstarke Christen beider Konfessionen mutig Zeugnis ihres Widerstandes abgelegt haben, so hat es auch im bürgerlichen Lager Beamte und Diplomaten gegeben, die Konsequenzen zogen, die sie und ihre Familien hart trafen. Dennoch schieden sie aus ihren Ämtern, weil sie eine Tätigkeit für diesen von der Nazi-Diktatur okkupierten Staat mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten.

Mit tiefer Beschämung denke ich an diejenigen, die noch ihren Peinigern furchlos widerstanden, als sie schon eingesperrt waren in KZ's, oder an die jüdischen Mitbürger, die - ohnmächtig, Widerstand zu leisten - in die Massenvernehmungslager abtransportiert wurden.

Ausgelöst durch die Planung eines Angriffskrieges, durch den Überfall auf Polen, ausgelöst durch das Erkennen und Miterleben des militärischen Größenwahns, durch die furchtbaren Handlungen im Hinterland der Fronten auf Grund verbrecherischer Befehle, zu deren Durchführung sich Soldaten mißbraucht sahen, wuchsen dem Widerstand andere Personenkreise und neue Gruppen zu. Generaloberst Beck, der Kreisauer Kreis und andere sind hier zu nennen.

Aber eigentlich waren es in allen sich bildenden Gruppen des Widerstandes vornehmlich jüngere Menschen, die sich aktiv beteiligten und hervortaten.

Auch Widerstand von Jugendlichen und ihren eigenen Gruppen gab es von Anfang an und immer wieder, meist als Aufbegehren gegen den Zwang und die militaristischen Formen des Dienstes in der Staatsjugendorganisation. Das bis heute leuchtende Beispiel des Widerstandes junger Deutscher wurden die Aktionen der Geschwister Scholl und der Münchener Studenten um Professor Huber.

Die inzwischen aufgearbeitete und dokumentierte Geschichte der zwölf Jahre von Hitlers Machtergreifung bis zu seinem Selbstmord, mit dem er sich der Verantwortung entzog, zeigt, daß Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen Beteiligte an Gruppierungen und Aktionen des Widerstandes waren.

Im Mittelpunkt des Denkens von Elie Wiesel, des jüdischen Philosophen und Schriftstellers, der als Kind Auschwitz überlebte, steht der Gedanke, Erinnerung fruchtbar zu machen für die Immunisierung gegen alle Spielarten faschistischen, Menschenwürde verachtenden Denkens und Handelns.

Ich möchte ja zu diesem Denkansatz sagen und ihn unseren Schulen, unseren Organisationen und unseren Parteien empfehlen für ihre staatsbürgerliche, für ihre politische Bildungsarbeit.

Und lassen Sie mich angesichts des jüngsten Terroranschlags hinzufügen:

Wir werden uns die Demokratie als Lebensform unserer Gesellschaft nicht mehr zerstören lassen! Der Rechtsstaat unseres Grundgesetzes hat sich Mittel geschaffen, um sich zu wehren.

Unterstützt von unserer Bevölkerung, von allen demokratischen Bürgern unseres Landes, treten wir denen entgegen, die mit ihren feigen Mordanschlägen unsere freiheitliche Ordnung zerbomben wollen.

Lassen Sie uns aber dabei ein waches Auge darauf haben, daß die verständlichen Abwehrreaktionen der Bürger gegen die anarchistischen Gewalttaten nicht umschlagen in die Befürwortung eines staatlichen Handelns, das uns die gewonnene Freiheit wieder nimmt.

Es geht um verantwortungsbewußten Gebrauch des Rechts und der Freiheit, nicht um schärfere Gesetze, deren Wirkung die Einschränkung von Freiheit für alle ist. Auch eine reaktionäre Welle kann unsere immer noch junge Demokratie gefährden.

Als es kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Hitler-

Regimes galt, sich mit einem neuen Einparteien-System auf dem Boden unseres Landes auseinanderzusetzen, haben wir uns auf der freiheitlichen Seite engagiert. Daran muß man gerade hier in Berlin kurz vor dem 25. Jahrestag der Errichtung der Mauer erinnern.

Wir haben den demokratischen Weg der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Gegenüber gewählt. Nun sind wir wenigstens so weit, daß beide Seiten sich im klaren darüber sind, von Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen.

Ist es nicht so, daß einige Leute schnell dabei sind, sogar das Grundgesetz ändern zu wollen, um eine negative Stimmung gegen vornehmlich aus Asien und Afrika kommende Asyl-Bewerber bei sich einzufangen, statt dem Mißbrauch (auch dem politischen Mißbrauch dieses Problems durch die DDR-Führung) mit konkretem Handeln entgegenzutreten, ohne das Asylrecht zu beschädigen?

Was soll man schließlich dazu sagen, wenn nun ein Kultusminister den Lehrern aufgibt, die Schüler auch die erste Strophe des Deutschlandliedes zu lehren, nicht etwa mit Hinweis, sich kritisch mit dem überholten Denken des vorigen Jahrhunderts auseinanderzusetzen, sondern mit der Absicht, diese Strophe auch singen zu lassen?

Ich will hier nur sehr kühl anmerken, daß in diesem Land diese Strophe über zwölf Jahre lang mit zum Hitler-Gruß erhobenen Arm bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gesungen werden mußte. Und für die Nazis war der Inhalt dieser Strophe Ausdruck ihrer Großmacht-Träume und ihrer nationalistischen Überheblichkeit, mit der sie binnen kurzem unser Land zugrunde richteten und viele Millionen Tote hinterließen. Darüber muß in unseren Schulen wohl oder übel gesprochen und nicht gesungen werden.

Mir geht es nicht darum, Ängste zu wecken oder gar "den Teufel an die Wand zu malen". Nein, gerade in die jungen nachwachsenden Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - und es sind nun schon mehrere - habe ich ein großes Zutrauen.

Die eigentlich prägenden Gruppierungen, die sich öffentlich artikulieren und wohl auch die Mehrheit repräsentieren, engagierten und engagieren sich für internationale Verständigung, für Freundschaft über Grenzen hinweg nach West und Ost, für Hilfe gegenüber den Schwachen, für Frieden und für die Dritte Welt.

Doch es bleibt in unserer Verantwortung, solches Denken und Verhalten zu stabilisieren und dafür müssen wir - besser als in den vergangenen Jahren - eine Vorbild-Rolle wahrnehmen; sollte ich besser sagen: Wiedergewinnen?

Eine freiheitliche Demokratie muß, und dies ist eine der wichtigsten Lehren der deutschen Vergangenheit, in sich stabil sein. Sie muß fertig werden mit der Gefahr, daß ihre Feinde die demokratischen Freiheiten nützen, um diese dann auszuhöhlen und zu zerstören.

Dies ist zwar auch eine Frage der Konstruktion der demokratischen Institutionen; aber es ist wohl mehr noch ein Problem von Aufklärung, Bildung und Erziehung.

Die leider wiederholbare Fehlvorstellung, daß ein autoritärer Führer besser sei, als die sich um das richtige Regieren streitenden Parteien, kann nur mühsam beseitigt und muß wohl für jede nachwachsende Generation erneut am Beispiel unserer Vergangenheit ausgeräumt werden.

Wer die Lehren aus unserer Vergangenheit ziehen will, muß wissen, daß leider nach wie vor nationalistische Töne schnell eine gefährliche und breit wirkende Anziehungskraft besitzen.

Und da diese Erfahrung nicht nur auf unser Land beschränkt ist, besteht die Lehre darin, sich überall in der Welt für die Verwirklichung von menschlichen Grundrechten, für einen höheren Grad an Freiheit und für die Erhaltung des Friedens einzusetzen.

Die Frauen und Männer des Widerstandes, junge und ältere aus allen Schichten unseres Volkes haben uns dafür ein Beispiel gegeben. Ihres Opfers zu gedenken haben wir uns an diesem Jahrestag des 20. Juli 1944 zusammengefunden. Ihr Engagement für diese wirklichen und dauerhaften Ideale der Menschheit ermöglicht es uns, der Jugend nachahmenswerte Vorbilder zu zeigen.

Nachrichten, Namen, Notizen

Orden für Ex-Nazi

Bayerns Ministerpräsident Franz-Josef Strauß verlieh in einem Festakt den Bayerischen Verdienstorden an den Ex-Nazi und früheren Bundesvertriebenenminister Prof. Theodor Oberländer (CDU).

Neben Oberländer erhielten 11 Frauen und 64 Männer - darunter der in München geborene israelische Schriftsteller Shalom Ben-Chorin - das weißblaue Malteserkreuz für "hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk". Der Orden für Oberländer ist für viele Demokraten ein "Schlag in's Gesicht".

Bereits beim Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik, beim Marsch auf die Feldherrnhalle in München am 9. November 1923, war Oberländer dabei. Seine weiteren Stationen: 1933 Eintritt in die NSDAP, ein Jahr später, Oberländer war 29 Jahre alt, wurde er Professor. "Jede deutsche Volksgruppe kann draußen", schrieb er 1939, "ein drittes Reich im kleinen sein und ... das Judentum bekämpfen."

Ein Jahr später begann Oberländer mit dem Aufbau einer Sondereinheit - dem berüchtigten Bataillon "Nachtigall" -. Dieses Bataillon ist verantwortlich für die Ermordung mehrerer tausend jüdischer Frauen, Kinder und Greise in den ersten Tagen des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion.

Olympische Spiele 1936

Am 1. August 1936, also vor 50 Jahren, wurden in Berlin die XI. Olympischen Spiele eröffnet. Aus 49 Ländern kamen 3 959 Sportlerinnen und Sportler und kämpften um Medaillen und olympischen Ruhm.

Die olympischen Spiele waren Hitlers spektakulärster Zug, der Welt ein annehmbares Gesicht des Faschismus zu zeigen. Der englische Autor Beverley Nichols schrieb Jahrzehnte später: "Es war die größte Schaufensterdekoration der Geschichte. Ganz Berlin feierte unter Flaggen und bunten Bändern. Wir waren alle wie betäubt, ob wir nun politisch zur Rechten, zur Linken oder zur Mitte gehörten".

Dem Ausland wurde ein Deutschland vorgeführt, das es schon lange nicht mehr gab. Die Gewerkschaften waren zerschlagen, die Parteien verboten, der Terror hatte überall Platz gegriffen, viele Morde waren begangen und tausende aufrechte Demokraten saßen in Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Dennoch wollen wir den Sportlern gedenken, die in gutem Glauben und in sportlichem Geist die Wettkämpfe absolvierten. Deutschland stellte bei den Olympischen Spielen 1936 erstmals die erfolgreichste Mannschaft. Die deutsche Mannschaft gewann 33 Gold-, 26 Silber- und 30 Bronzemedaillen.

Zu UdSSR-Gewerkschaften auf Distanz

In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des DGB, Ernst Breit, äußerte der Zentralvorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften, Stephan A. Schalajew den Wunsch nach gesamteuropäischen Gewerkschaftsbeziehungen. Diesen Wunsch lehnte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit ab. Nach seiner Auffassung kann es solche Beziehungen solange nicht geben, wie in Polen eine freie Gewerkschaft verboten und viele ihrer Führer inhaftiert seien. Dennoch sei der DGB für die Fortführung solcher gemeinsamen Gespräche. Ernst Breit hatte den Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften auch auf das Problem der Familienzusammenführung angesprochen. Diese Fragen werden nach Auffassung des DGB im sowjetischen Machtbereich äußerst unbefriedigend behandelt.

Rassismus. Gestern Juden, heute Türken

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, besuchte den DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf. Dabei äußerte sich Galinski besorgt über die Zunahme rechtsradikaler rassistischer Aktivitäten, die auch in immer wiederkehrenden Diffamierungen jüdischer Personen deutlich würden. Diese Besorgnis wurde von dem Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Frau Ilse Brusis, geteilt. Frau Brusis versicherte Galinski, das deutsche Volk und der DGB seien sich der besonderen Verantwortung gegenüber der Geschichte bewußt.

Im Rahmen ihrer Gespräche einigten sich der DGB und der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin darauf, den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik zu intensivieren.

Friede

Der wahrscheinlich längste Krieg in der Geschichte, in dem allerdings nie ein Schuß abgefeuert wurde, ist nun zu Ende gegangen. Nach 335 Jahren schlossen die Niederlande und die Scilly-Inseln im äußersten Südwesten Großbritanniens jetzt einen Friedensvertrag. 1651 hatte eine niederländische Flotte den wegen ihrer Piratenangriffe auf holländische Handelsschiffe berüchtigten Inseln den Krieg erklärt.

Trauerspiel um Anerkennung der Kindererziehungszeiten für "Trümmerfrauen"

Das Gezerre innerhalb der Koalition CDU/CSU/FDP um die Einbeziehung der vor 1921 geborenen Frauen - der Frauen also, die nach dem Zweiten Weltkrieg Trümmer und Schutt beseitigten und gleichzeitig unter schwersten Bedingungen ihre Kinder großgezogen haben - in das "Baby-Jahr" ist beendet. Diese älteren Frauen, die erst völlig leer ausgehen sollten, werden nun mit fast zweijähriger Verzögerung in vier Stufen in die Regelung einbezogen. Ohne massive Proteste der Öffentlichkeit, von Gewerkschaften und Verbänden, wäre das nie geschehen. Das wahltaktische Manöver kommt bei dieser "Lösung" deutlich zum Vorschein. Weil Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kein Geld für Frauen hergeben wollte hat die Bundesregierung wieder Zuflucht zu einem sozialpolitischen Verschiebebahnhof genommen. Zur Bezahlung des "Baby-Jahrs" für die älteren Frauen werden Gelder der Bundesanstalt für Arbeit herangezogen, die eigentlich dringend zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit einge-

setzt werden müßten. Diese Entlastung des Bundeshaushalts auf Kosten der Arbeitslosen ist schärfstens zu kritisieren.

Wir bringen hiermit die vorgesehene Regelung im Wortlaut der Veröffentlichung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Kenntnis:

"In der Koalitionsrunde wurde unter Vorsitz des Bundeskanzlers beschlossen:

1. Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden in die Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung einbezogen, unabhängig davon, ob sie eine Rente beziehen oder nicht.

2. Die Leistung wird als Zuschlag zur Rente gezahlt. Bezieht die Mutter keine Rente, werden ihr die Kindererziehungszeiten anerkannt, ohne daß weitere rentenrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Anerkennung weiterer Kindererziehungszeiten führt nicht zur Anrechnung weiterer bisher nicht berücksichtigter Versicherungszeiten.

3. Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 erhalten - wie grundsätzlich auch die jüngeren Mütter - für jedes Kind einen Betrag, der einem Versicherungsjahr auf der Grundlage von 75 % des Durchschnittsentgelts aller Versicherten entspricht (1986 rd. 25 DM monatlich).

4. Die Regelung wird nach Geburtsjahrgängen gestaffelt in folgenden Stufen eingeführt:

● Vom 1. Oktober 1987 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1906 und früher,

● vom 1. Oktober 1988 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1911 und früher,

● vom 1. Oktober 1989 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1916 und früher,

● vom 1. Oktober 1990 an werden alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 begünstigt.

5. Die Regelung soll im Interesse der begünstigten Mütter und der Verwaltung so einfach wie möglich ausgestaltet werden.

6. Die Kosten trägt der Bund. Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird der Bundeshaushalt um 2,6 Mrd. DM jährlich entlastet durch Neuordnung der Finanzbeziehungen des Bundes zur Bundesanstalt für Arbeit. In Verbindung mit dieser Maßnahme werden Beitragserhöhungen ausgeschlossen.

7. Der Bundesarbeitsminister wird beauftragt, die Vorbereitungen so zu treffen, daß die Neuregelungen zum 1. Oktober 1987 in Kraft treten."

Die große Zeitverzögerung bis 1990, mit der diese Stufenlösung ausgestaltet werden soll, bedeutet Ungleichbehandlung und krasse Benachteiligung der älteren Frauen gegenüber den jüngeren. Das Ganze ist wieder einmal ein Lehrstück für die "Frauenfeindlichkeit" dieser Bundesregierung.

Die Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion gehen dahin, daß in der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause die weitere Entwicklung erörtert werden soll. Erst zu Beginn der neuen Legislaturperiode, also erst nach der Bundestagswahl im Januar 1987, soll das entsprechende Gesetz beschlossen werden, um am 1. Oktober 1987 in Kraft treten zu können. Damit ist alles zunächst nichts weiter als ein Wahlversprechen an die Adresse der vor 1921 geborenen Frauen - ein schlimmes Spiel.

Demgegenüber haben SPD-Bundestagsfraktion und das Land Nordrhein-Westfalen Gesetzentwürfe eingereicht, nach denen alle älteren Frauen rückwirkend ab 1. Januar 1986 die Kindererziehungszeiten als Zuschlag zu ihrer Rente erhalten sollen (auch Witwenrente).

Das Reichsbanner fordert, daß bei der parlamentarischen Beratung im Bundestag die Ungleichbehandlung und das Unrecht gegenüber den Trümmerfrauen beseitigt werden.

K.H.J.